



Informationen und Meinungen aus
dem und für das BAAINBw

Willkommen, Frau Kramp-Karrenbauer!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

kurz bevor der Spannungsbogen bis ins Unerträgliche gespannt war und wir alle auf den Termin mit der Bundesministerin a.D. Dr. Ursula von der Leyen am 10. Juli 2019 in der Rhein-Mosel-Halle entgegen fieberten, haben uns die „großen“ politischen Ereignisse in Brüssel und Berlin überrollt. Nach zwei Wochen politischer Orientierungslosigkeit waren wir alle umso erfreuter, dass unsere neue Ministerin, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, nicht nur aus einer dem öffentlichen Dienst zuträglichen Wertewelt entstammt, sondern DIE Parteivorsitzende der CDU selbst ist. Verehrte Frau Kramp-Karrenbauer, willkommen an Bord! Wir freuen uns auf eine transparente Zusammenarbeit im Sinne der Bundeswehr.



Jakob Milles

Diesen Anlass hat der VBB Bereich IX gleich genutzt, sein Layout aufzufrischen und damit auch der geneigten Leserschaft zu zeigen, wir sind bereit für Veränderungen, sofern sie denn zielgerichtet und sinnhaft sind.

In dieser Ausgabe:

Beim Klabauteermann,
das Schiff muss noch
weit segeln 2

Wir hoffen nun, Frau Kramp-Karrenbauer, auf Ihren unverbrauchten Blick von außen, um den seitens der TF BeschO vorgeschlagenen massivsten Änderungen der Aufbauorganisation einen Riegel vorzuschieben. Anbei einige inspirierende Worte aus der Redaktion. Wir hoffen Sie alsbald persönlich in Koblenz begrüßen zu können, damit Sie sich selbst ein Bild machen können über die Leistungsfähigkeit der Beschaffungsorganisation BAAINBw.

Wann muss die
Staatsanwaltschaft
eingebunden werden? 4

Niemals geht man so
ganz 4

Als Admiral kann ich
alles... 4

Ich packe meinen
Rucksack... 5

eBU-Vorschriften –
Elchtest mit Folgen? 6

Wohn mit dem Geld? 7

Das Brille-Rätsel 8

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im neuen Gewand werden wir unseren Biss in der gemeinsamen Sache nicht verlieren. Bleiben Sie uns daher weiter gewogen und kontaktieren Sie uns bei Anmerkungen oder Anregungen gerne unter buero@vbb-baaibw.de.

Ihr

Jakob Milles

Bereichsvorsitzender VBB Bereich IX

Beim Klabaftermann, dieses Schiff muss noch weit segeln, Frau Ministerin!

(eine Art „offener Brief“)

Die Europäische Union hat eine neue Kommissionspräsidentin, wir eine neue Bundesministerin der Verteidigung.

Rasend schnell überschlugen sich die Ereignisse. War der Ausgang der Wahl anfangs noch ungewiss, wurde plötzlich klar, dass Frau Dr. von der Leyen nicht zurückkommen wird und ihr Amt, unabhängig vom Wahlergebnis, aufgibt. Zu unberechenbar erschien ihr wohl in letzter Zeit der Ausgang der von ihr angestoßenen Vorhaben, zu groß war der Druck deren Gelingens und die möglicherweise damit verbundenen Negativschlagzeilen zu ihrer Person.

Fakt ist, sie hat auch uns Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rüstungsbereichs mit ihrem abrupten Fortgang überrascht. Nach langem Wirken der Task Force BeschO und des Expertenrates sollten uns Beschäftigten die Entscheidungen von Frau Dr. von der Leyen persönlich verkündet werden – um endlich Licht in das Dunkel, das die fehlende Transparenz bislang bewirkt hat, zu bringen.

Hierfür wurde die komplette Rhein-Mosel-Halle angemietet, und es sollten Liveschaltungen an die verschiedenen Dienstorte des Amtes organisiert werden. Ein teurer und arbeitsintensiver Aufwand, aber schließlich sollten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die ministeriellen Ergebnisse ja aus erster Hand erfahren.

So wuchs die Spannung und viele Kolleginnen und Kollegen fragten sich, was die Task Force BeschO unter maßgeblichem Einfluss des langjährigen Vizepräsidenten des Amtes bzw. Chefjuristen und diverser externer Berater wohl ausgearbeitet hat, denn scheinbar sollen die von ihm angestoßenen zahlreichen Maßnahmen, die weitreichenden Einfluss auf die Prozesse des durch die Task Force BeschO untersuchten Apparates hatten, keine Geltung mehr haben.

Änderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation im Amt hat es nun wirklich genug gegeben. Lasst uns Beschäftigte doch nun endlich einmal in verlässlichem Rahmen arbeiten, und uns vor allen Dingen mit riskanten Experimenten am offenen Herzen in Ruhe. Die ständigen organisatorischen Anpassungen sollten jetzt auch mit Leben gefüllt werden.

Nichtsdestotrotz wüssten wir jetzt sicher (?) mehr, wenn Frau Dr. von der Leyen nicht zur Kommissionspräsidentin gewählt worden wäre. Bereits im Vorfeld der Entscheidung sagte sie angesichts der Ereignisse in Brüssel jedoch leider die komplette Informationsveranstaltung in Koblenz für tausende ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Bedauerlich, da es immerhin auch 4 Staatssekretäre gibt, die sicher kurzfristig hätten einspringen können.

Von den Stornierungskosten für Halle, Technik, Caterer, Moderator, etc., sprechen wir an dieser Stelle nicht, denn was sind schon diese Kosten gegen die horrenden Beraterkosten. So endet nun die Ära von Frau Dr. von der Leyen, fast genauso wie die unseres Vizepräsidenten a.D., mit offenen Fragen. Bei der einen sind

es die ausstehenden Entscheidungen bei vielen Brandherden, bei dem anderen sind es die von ihm während seiner Amtszeit getroffenen Entscheidungen, die den Einsatz einer Task Force mit externen Beratern überhaupt notwendig gemacht haben.

Mit all dem Angefangenen konnte sich Frau Dr. von der Leyen angesichts der auf sie wartenden neuen wichtigen Aufgabe einer Kommissionspräsidentin (ach ja, die neue Aufgabe beginnt ja erst am 01.11.2019) nicht mehr befassen.

In ein paar Jahren werden wir bewerten können, was von ihren Versprechungen an das Europäische Parlament eingehalten wurde und was nicht.

In unserem Ressort ist es nunmehr zur Wachablösung durch Frau Kramp-Karrenbauer gekommen.

Unseren herzlichen Glückwunsch an Frau Kramp-Karrenbauer, der sich mit Dank für die Übernahme dieses doch ausgesprochen fordernden Amtes verbindet. Der VBB steht Ihnen mit Freude als Ansprechpartner zur Verfügung.

Frau Kramp-Karrenbauer hat angekündigt, dass Entscheidungen zur Beschaffungsorganisation mit dem Ende der Sommerpause fallen sollen.

Frau Ministerin,

wir hoffen, dass Sie eine Entscheidung zu diesem höchst komplexen und umfangreichen Thema, mit der schon Ihre Vorgängerin über ein Jahr befasst war, nicht leichtfertig treffen werden. Denn: wer den Hafen nicht kennt, für den ist kein Wind günstig.

Für viele Beschäftigte hätte ein Schnellschuss weitreichende dienstliche, wie private Folgen. Nur zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sehen, dass Entscheidungen nicht auf blindem Aktionismus beruhen, sind das Kapital einer jeden Organisation und damit auch Ihres.

Aus diesem Grund hoffen wir, dass Sie Ihr weiteres Vorgehen zunächst mit den Beschäftigten des Koblenzer Amtes, nämlich mit den Betroffenen, diskutieren werden. Hierfür böte sich die von Ihrer Vorgängerin abgesagte Informationsveranstaltung an.

Es ist wichtig, dass Sie die hochmotivierten und leistungsstarken Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rüstungsbereichs, denen in der Presse sehr häufig nicht die ihnen gebührende Wertschätzung zuteil wird, mitnehmen. Transparenz und Kommunikation wurden bisher nicht gelebt.

Wir hoffen, Sie machen es nun anders und binden die Beschäftigten vor Ihrer Entscheidung über einen hochkomplexen Prozess ein.

Hierzu möchten wir Sie einladen auch mit den Interessensvertretungen des VBB, die mit ihrer Kompetenz im Expertenrat vertreten waren, zu sprechen. Zudem wäre es im Interesse einer leistungsstarken und einsatzfähigen Bundeswehr sicherlich nicht abträglich, auch Gespräche mit der Standesorganisation zu suchen, die wie keine Andere mit den zivilen Beschäftigten verbunden ist. Auf die Expertise dieser langjährig

Beschäftigten können Sie zählen. Lassen Sie sich nicht einseitig beraten, sondern setzen Sie sich kompetent und kritisch mit Ihnen unterbreiteten Vorlagen auseinander. Vorsicht vor der Paraphierung von wohlklingenden, vermeintlich innovativen Vorlagen, die uns alle teuer zu stehen kommen und uns letztendlich Schiffbruch bescheren.

Ein Vizepräsident a.D., der es hätte während seiner Amtszeit besser machen können und einige wenige Beraterinnen und Berater der vergangenen Ära sollten nicht die einzigen sein, auf die Sie Ihre Entscheidung stützen.

Nur mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort wird es gelingen, Ihre Entscheidungen auch umzusetzen und zum Erfolg zu bringen.

Wann muss die Staatsanwaltschaft eingebunden werden?

Diese Frage stellt sich bei einer Liste von Rechnungen der Fa. ACCENTURE, die wohl Leistungen mehrfach in Rechnung gestellt hat. Nach Bekanntwerden von doppelt abgerechneten Leistungen durch einen Artikel in der BILD hatte das Unternehmen im Februar diesen Jahres gegenüber den Medien eingeräumt, dass es eine „Diskrepanz“ gäbe, die „versehentlich beim Übergang zwischen zwei Verträgen entstanden sei“. Ein Versehen? Ein Bürofehler? Sicherlich denkbar, wenn es sich um einen Einzelfall handeln und die Anzahl der doppelt in Rechnung gestellten Leistungen nicht auf ein System hindeuten würde. Sind Firmen die dem Staat ihre Leistungen mehrfach abrechnen wirklich geeignet von der öffentlichen Hand Aufträge zu erhalten? Und wann sind Staatsbedienstete in Kenntnis von solchen Machenschaften verpflichtet entsprechend Strafanzeige wegen Betrugsverdachtes zu stellen? Tja, Fragen die sich die Zuständigen im Verteidigungsministerium dringend stellen und vor allem beantworten sollten. Andernfalls wird dies sicherlich der Untersuchungsausschuss tun.

„Niemals geht man so ganz“

... dachte sich wohl auch unser ehemaliger Vizepräsident, Herr Schmidt-Franke. Jedenfalls soll er auch nach seinem zwischenzeitlich erfolgten Eintritt in den Ruhestand mit seinen Kenntnissen und seiner Expertise für die Task Force BeschO zur Verfügung stehen und sich in die dortigen Aktivitäten weiter einbringen. Natürlich - per Order di Mufti - alles im „dienstlichen Interesse“, ob im Interesse der von den BeschO-Aktivitäten Betroffenen und im Interesse der Steuerzahler sei dahin gestellt.

Als Admiral kann ich alles...

... eben auch Erlasse selber schreiben und versenden. Eben auch Beratungsleistungen anordnen. Natürlich unter Einhaltung der geltenden Vorschriften. Ach ja? Wenn denn ein Abteilungsleiter den Beratungsbedarf selbst feststellt und damit per Erlass gleichzeitig Alternativen (etwa Eigenlösung) per se ausschließt, dann wird es sicher interessant werden, den Erlass mit einer knappen Umsetzungsfrist zu leben.

Besonders wenn es sich um DAS Sprengstoffthema für die Soldatinnen und Soldaten handelt: die zukünftige Beschaffung der Bekleidung. Allein der Wehrbeauftragte könnte kistenweise Aktenordner mit auf Unzufriedenheit mit den Uniformen zurückzuführende Eingaben zusammen tragen.

Die bisher hierfür beauftragte Inhouse-Gesellschaft steht nunmehr auf dem Prüfstand. Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung muss her - ganz offenbar eine mit dem die in der Abteilung des Admirals liegende Gesellschaftsführung gut leben kann. Die bisherigen Ergebnisse aus dem BAAINBw scheinen hierfür zu kritisch. Bringen sie denn gar Alternativen auf den Plan! Unerhört. Mit der Beauftragung von Beratungsleistungen, etwa durch eine andere, beratende Inhouse-Gesellschaft, sind derart unangenehme, das hochpreisige Geschäft in Frage stellende Einwände vom Tisch. Getreu dem Motto: Ich lasse solange Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen erstellen bis mir das Ergebnis gefällt. Kommt irgendwie bekannt vor... Hat ja schon mal geklappt - bei einem berühmten Segelschiff. Wobei „diese Geschichte“ ja noch nicht zu Ende ist.

Dabei stellt sich zum Schluss die Frage: Wenn das Verteidigungsministerium mit seinen rund 3.000 Dienstposten Teil der Regierung ist, muss diese sich dann auch das Gebaren einzelner Abteilungsleiter zuschreiben lassen? Und wer bitte schön denkt an die Bedürfnisse unserer Soldatinnen und Soldaten? Diejenigen, die dies tun, werden in die ministerielle Zange genommen.

Ich packe meinen Rucksack und nehme mit...

Einen Panzer, einen Tornado, 10 Funkgeräte und eine Fregatte. So oder so ähnlich muss sich die Situation in einem Berliner Marketingbüro im Auftrag des Presse- und Informationsstabes im BMVg abgespielt haben. Anders lässt sich das Ergebnis nicht erklären, denn liebe Leserinnen und Leser, das neue Icon für den OrgBereich AIN im Rahmen des Corporate-Design-Handbuch der Bundeswehr ist: **ein grauer Rucksack!**



Also just Quelle: Corporate-Design-Handbuch der Bundeswehr (April 2019) ein Ausrüstungsgegenstand, der vom BAAINBw gar nicht selbst beschafft wird und auch farblich nicht über das „graue Maus-Image“ hinaus kommt. Identität mit einem Organisationsbereich ist so schwer vermittelbar. Aber das war wohl von der

ministeriellen Leitung auch gar nicht gewünscht. Die ganze Aktion wurde im stillen Kämmerlein ohne Einbindung der betroffenen Bereiche ausgeheckt und nach Billigung der Leitung veröffentlicht. Das mutet an die Umbenennung von EADS in Cassidian vor vielen Jahren an. Die Betroffenen erfuhren hiervon erstmals bei der Durchfahrt der Firmeneinfahrt und mit Blick auf das neue Firmenschild.

Die Begrüßungspakete mit einer identitätsstiftenden Erläuterung um entsprechende Sternbilder lagen auf jedem Schreibtisch bereit. Wir dürfen also gespannt sein, ob demnächst graue Rucksäcke gefüllt mit einem kleinen Panzer, Tornado etc. auf unseren Schreibtischen vorliegen, um uns von diesem Marketing Clou zu überzeugen und die bisher gefühlte Diffamierung unserer Arbeitsinhalte durch das neue Logo zu mildern...

eBU-Vorschriften – Elchtest mit Folgen?

Wohl kein Thema hat uns in den vergangenen 12 Monaten im BAAINBw auf allen Ebenen und geprägt von einer Vielzahl an Facetten so beschäftigt wie das der externen Beratungs- und Unterstützungsleistungen (eBU) und der damit assoziierten Themenkomplexe (Zugriff Externer auf IT-Systeme der Bundeswehr, Arbeitnehmerüberlassung/ Scheinselbständigkeit, Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit von eBU-Beauftragungen, Vergaberechtmäßigkeit, Kompetenzen und Befugnisse von Inhouse-Gesellschaften, „Doppelabrechnungen“).

Dabei geht es neben der Aufarbeitung der Vergangenheit, wofür unter anderem der noch laufende parlamentarische Untersuchungsausschuss eingerichtet wurde, auch um die Zukunft, d.h. darum, wie man im Falle des Falls insbesondere Unterstützungsleistungen durch externe Dienstleister unfallfrei unter Dach und Fach bekommt. Dafür hatte das BMVg Ende November letzten Jahres, auf dem Höhepunkt der auch als Berateraffäre bekannten Aufarbeitung der vom Rechnungshof aufgedeckten Vorgänge, eigens mit heißer Nadel eine neue Zentralvorschrift gestrickt – die sich in der Folge als faktisch nicht handhabbar erwies und viel zu viele Interpretationsspielräume bot. Außerdem wurden sowohl im Ministerium als auch bei uns im Amt neue „Kästchen“ in Form von Referaten geschaffen, die für eBU „zuständig“ sind – in der Hoffnung dadurch zukunftsfähig zu werden.

Die Erkenntnis, dass all diejenigen, die mit der Materie in Berührung kommen, auch den Weg durch den Vorschriftenschungel finden müssen, war schnell gereift. Anstatt nun die ministerielle Zentralvorschrift und die hausinternen Umsetzungsregelungen handhabbar und damit anwendertauglich zu machen, haben sich die „neuen Zuständigen“ in den letzten Monaten kleinteilig in der Erarbeitung von Handreichungen, Erklärstücken, Verteilerverfügungen und Swimlane-Diagrammen verstrickt – ohne erkennbares Gesamtergebnis für die potentiellen Anwenderinnen und Anwender. Es ist nun an der Zeit, endlich den Gordischen Knoten zu durchschlagen und uns nachvollziehbar darzulegen, wie und mit welchen Abläufen das Ganze in der Zukunft funktionieren soll.

Wohin mit dem Geld?

So oder so ähnlich lauten Überschriften auf ministeriellen Folien bei Bekanntwerden der Trendwende Haushalt. Es kursiert vor allem die Angst wie das Geld im Sinne der haushaltsrechtlichen Maßgabe verausgabt werden könne... Denn gezahlt werden darf grundsätzlich nur bei Erhalt der Leistung - quasi Zug um Zug.

Seit Wochen halten sich kontroverse Diskussionen um eine weitere Etaterrhöhung in der Berliner Politszene. Und ja, auch der VBB fordert einen entsprechend hohen Verteidigungsetat, SOFERN gewisse Voraussetzungen vorliegen.

Anstelle die Beschaffungsorganisation weiter für - by the way - sehr viel Geld in Frage zu stellen (weiß eigentlich jemand wieviel Geld durch die Task Force BeschO und deren Beraterscharen verbrannt wurde?) sollten die wahren Symptome angegangen werden. Denn mit der Auswahlentscheidung (Ende Analysephase II) ist "das Kind bereits in den Brunnen gefallen". Aber der Weg dahin enthält viele essentielle Fragen und Probleme, u.a.:

Warum fällt die funktionale Fähigkeitsforderung (FFF) so aus? Warum wird der Eigen- bzw. Neuentwicklung oftmals der Vorzug gegeben? Wie wird die industrielle Leistungsfähigkeit berücksichtigt? Werden sog. kill-Kriterien ökonomisch und Vergabe rechtlich hinterfragt? Kennt der Bedarfsträger die Konsequenzen gewisser Goldrand-Forderungen für den Zeithorizont hin zur Genehmigung zur Nutzung? Wird die Industrie zu Lösungsvorschlägen gefragt? Fragen wir Nato-Partner, wie die dieses oder jenes lösen? Sollte sich die Auswahlentscheidung neben den Haushaltsmitteln nicht auch an anderen limitierenden Faktoren wie Dienstposten in der Beschaffung/Nutzung, Infrastruktur etc. orientieren? Was nützen Waffensysteme 2040? Was nützen Waffensysteme ohne Soldatinnen und Soldaten für den Betrieb? Was nützen neue Produkte ohne logistische Prozesse oder Werften und Hangars?

Seit April 2018 untersuchen alle den Fuß, obwohl doch der Nervenschmerz weiter oben liegt. Verehrte Bundesministerin Kramp-Karrenbauer, setzen Sie diesem Wahnsinn ein Ende!

Läuten Sie nun die Trendwende (hin zur) Sachlichkeit ein.

Honorieren Sie wieder Loyalität zur Sache anstelle Loyalität zur eigenen Karriere.

Geben Sie dem BAAINBw als Oberbehörde die Chance die Herausforderungen zu meistern. Denn wir haben die Potentiale: die Talente, das Know-how und den Willen!

Das Brille-Rätsel

Der Jägerzaun

Nicht nur in Vorgärten ist der Jägerzaun beliebt. Er wird auch gerne bei der Versendung geheimer Botschaften verwendet. So passt der Ausspruch von Erhard Horst Bellermann: „Vieles, was sich in die Länge zieht, ist die Höhe.“ sowohl zu unserem Zeughaus wie auch zum verschlüsselten Jägerzaun. Denn der sieht bei Höhe 5 dann so aus:



V					S						I					I					I						
	I				A	S				D	E				Z	E					D	E					
		E		W		I			N		L				E			H			T		H				
			L	S				C	I				Ä	G						T	S				Ö	E	
				E					H					N							I						H

Damit ergibt sich folgende Geheimbotschaft, gelesen waagrecht Zeile für Zeile:

VSIIIIASDEZEDEEWINLEHTLSCIÄGTSÖEEHNIH

Nun kann man natürlich auch noch die Spalten vertauschen, aber unser Ergebnis ist ausreichend schräg. Als Mahnung an die aktuellen Entwicklungen in unserem Haus sei der Ausspruch von Hermann Lahm verstanden: NEWTBGIDSRISERENCBESIIIESUHJESSNNVSRSTSEEE
 Fragt sich nur, wer ihn verstanden hat!?! (Die Höhe bleibt bei 5.)

Die Lösungen zu dieser Frage schicken Sie bitte an: buero@vbb-baaibw.de

Unter allen Einsendern wird unter Ausschluss des Rechtsweges ein Jahreslos der Aktion Mensch verlost.